



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 4. Juli 2013 (11.07)
(OR. en)**

11754/13

**Interinstitutionelles Dossier:
2011/0194 (COD)**

**PECHE 292
CODEC 1643**

I/A-PUNKT-VERMERK

des	Generalsekretariats des Rates
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)/Rat
Nr. Komm.dok.:	12516/11 PECHE 188 CODEC 1167 - COM(2011) 416 final
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur – <i>Politische Einigung</i>

1. Die Europäische Kommission hat dem Rat am 13. Juli 2011 ihren Vorschlag über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur ("GMO") vorgelegt.
2. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen haben ihre Stellungnahmen am 28. März 2012 bzw. am 4. Mai 2012¹ abgegeben.
3. Nach der Orientierungsaussprache vom 19. März 2012 ist der Rat (Landwirtschaft und Fischerei) am 12. Juni 2012 zu einer "allgemeinen Ausrichtung" gelangt².

¹ ABl. C 181 vom 21.6.2012, S. 183; ABl. C 225 vom 25.7.2012, S. 20.

² Dok. 10415/12 PECHE 192 CODEC 1445.

4. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt in erster Lesung am 12. September 2012 festgelegt.¹
5. Die Gruppe "Interne und externe Fischereipolitik" hat die Abänderungen des Europäischen Parlaments zwischen Januar und 5. Februar 2013 geprüft.
6. Am 13. Februar 2013 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter ein Verhandlungsmandat² für einen informellen Trilog mit dem Europäischen Parlament angenommen, der am 27. Februar 2013 stattgefunden hat. Auf der Grundlage eines überarbeiteten Mandats vom 20. März 2013³ hat am 27. März 2013 ein zweiter Trilog stattgefunden; einen abschließenden dritten Trilog gab es am 8. Mai 2013.
7. Der Rat (Landwirtschaft und Fischerei) wurde auf seinen Tagungen vom 22. April⁴ und vom 13./14. Mai 2013⁵ über den Stand der Beratungen unterrichtet.
8. Am 4. Juni 2013 hat eine abschließende informelle Sitzung auf Fachebene mit dem Europäischen Parlament stattgefunden, in der hauptsächlich die Erwägungsgründe, die Schlussbestimmungen und Anhang III, in dem die Einzelheiten zu den neuen obligatorischen Verbraucherinformationen zur Art des beim Wildfang von Fischen verwendeten Fanggeräts festgelegt sind, erörtert wurden. Während dieser Sitzung auf Fachebene kamen die Parteien ebenfalls überein, eine Erklärung auszuarbeiten, aus der hervorgeht, dass die Kontrollbestimmungen nach Inkrafttreten der neuen GMO angepasst werden müssen.
9. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil) hat den endgültigen Kompromisstext am 14. Juni 2013 geprüft und gebilligt.

¹ Dok. 13616/12 CODEC 2093 PECHE 334 PE 390.

² Dok. 6457/13 PECHE 59 CODEC 341.

³ Dok. 7160/13 PECHE 82 CODEC 496 und 6457/2/13 REV 2 PECHE 59 CODEC 341.

⁴ Dok. 7959/13 PECHE 120 CODEC 681.

⁵ Dok. 8988/1/13 PECHE 182 CODEC 941 REV 1.

10. Der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments hat den endgültigen Kompromisstext am 18. Juni 2013 gebilligt. Mit Schreiben vom 20. Juni 2013¹ hat der Präsident des Fischereiausschusses den Präsidenten des Ausschusses der Ständigen Vertreter (1. Teil) darüber unterrichtet, dass er – falls der Rat seinen Standpunkt dem Parlament in der in der Anlage des Schreibens enthaltenen Fassung einschließlich der vereinbarten gemeinsamen Erklärung nach Überarbeitung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen förmlich übermittelt – in seiner Eigenschaft als Präsident des Fischereiausschusses dem Plenum empfehlen würde, dem Standpunkt des Rates ohne Abänderung zuzustimmen.
11. Daher könnte der Ausschuss der Ständigen Vertreter dem Rat vorschlagen, dass er auf einer seiner nächsten Tagungen
- die politische Einigung über den Text in der Fassung des Dokuments ST 10629/13 + COR 1 bestätigt und die diesem Text beigefügten Entwürfe von Erklärungen des Rates und des Europäischen Parlaments zur Kenntnis nimmt;
 - die Erklärungen der Mitgliedstaaten und der Kommission in der im Addendum enthaltenen Fassung zur Kenntnis nimmt.
14. Im Anschluss daran würde der Vorschlag in Form eines Dokuments der Rechts- und Sprachsachverständigen im Hinblick auf die Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung unterbreitet.
-

¹ Schreiben Nr. 311207, IPOL-COM.PECH D(2013)33167.